Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schukeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 115 — Mittwoch, den 19. Mai 1920 — 48. Jahrgang

Gegen die Willkürherrschaft in Flensburg.

(W) Bei einer Zusammenkunft von Vertretern aller Berufsstände von Flensburg wurde eine Entschließung gefaßt in der es u. a. heißt: Die internationale Kommission scheint in völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, gestützt auf Maschinengewehre und Bajonette, mit dem Schicksal der ihr durch den Friedensvertrag für die Zeit der Abstimmung anvertrauten Bevölkerung. Sie macht Gesetze, zu denen sie nach dem Wortlaut des Friedensvertrages kein Recht hat und trifft unvernünftige Maßnahmen, deren Konsequenzen sie nicht verantworten kann. So hat sie u. a. unbekümmert um den Einspruch der öffentlichen Meinung und gegen den Widerspruch der deutschen Regierung die Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone auf den 20. 5. festgesetzt. Wir beschränken uns heute noch auf einen Protest und eine Warnung. Aber eine Fortsetzung dieser Willkürherrschaft ist unerträglich. Wir werden, wenn derartige Vergewaltigungen sich wiederholen, das ganze Wirtschaftsleben zum Stillstand bringen. Mit gekreuzten Armen werden wir zusehen, ob die Kommission das wirtschaftliche Leben mit ihren Maschinengewehren und Alpenjägern wieder in Gang bringen kann. Wir danken unseren Brüdern in der zweiten Zone für die uns zugesagte Sympathie und Hilfe. Wir vertrauen darauf, daß diese Hilfe uns wird, wenn die Kommission durch fortgesetzte weitere willkürliche Maßnahmen den Aufruf zum Widerstand unvermeidlich macht. Es wird hingewiesen auf die Entschließung der deutschen und dänischen Arbeitervertretungen zu Hadersleben und Apenrade in der es u. a. heißt: In Auswirkung des unheilvollen Friedensvertrages haben auch in der ersten Zone sich Verhältnisse entwickelt, die unerträglich sind und im Süden und in der zweiten Zone hat sich die Lage so zugespitzt, daß Stadt und Land, Bürger und Beamte, Arbeiter und Bauern bereit sind in einen rücksichtslosen politischen Volksstreik einzutreten. Eine Beseitigung dieses Elends ist nur dankbar, wenn endlich einmal die Festsetzung der neuen politischen Grenzen sofort erfolgt und gleichzeitig für das Land südlich der Grenze die freie Verbindung mit Deutschland hergestellt wird.

Die deutsche Regierung gegen Einführung der Kronenwährung.

Die deutsche Regierung hat gegen die beabsichtigte Einführung der Kronenwährung in der ersten schleswigschen Abstimmungszone durch eine Note Protest eingelegt, die vom deutschen Geschäftsträger in Paris den deutschen Delegierten bei der internationalen Abstimmungskommission für Schleswig überreicht wurde. In der Note wird darauf hingewiesen, daß das Münzrecht, solange die erste Zone nicht endgültig Dänemark zugesprochen sei, unter die Hoheitsrechte falle, die bis zur endgültigen Entscheidung Deutschland zuständen. Die Einführung der Kronenwährung würde außerdem die wirtschaftliche Lage der in Mark bezahlten deutschen Beamten so außerordentlich erschweren, daß ihnen die Weiterführung der Geschäfte nicht zugemutet werden könnte. In der Note wird noch darauf hingewiesen, daß die internationale Kommission zur Zeit ihrer Kopenhagener Vorarbeiten dem ihr zugeteilten deutschen Vertreter die Beibehaltung der Markwährung zugestand und sich auch in ihrer Proklamation im gleichen Sinne ausgesprochen hat.

Gegenüber den Versuchen, die Einwohner der vier Kirchspiele südlich der Clausenlinie Arentoft, Medelby, Ladelund und Süderlügum für die Annexion des Gebiets an Dänemark zu gewinnen, ist seitens der Bevölkerung selbst eine entschiedene Kundgebung erfolgt. Von 1800 einheimischen Stimmberechtigten der vier Kirchspiele ersuchten 1460 schriftlich, bei Deutschland zu verbleiben.

Dem Protest der 31 813 Nordschleswiger gegen die Internationalisierung der zweiten Zone haben sich weitere 5223 Personen durch Unterschrift angeschlossen, so daß die Gesamtzahl der Unterschriften 37 120 beträgt.

Die belgische Gewaltherrschaft in den Kreisen Eupen und Malmedy

nimmt immer rücksichtslosere Formen an. Vor kurzem sind die Belgier dazu übergegangen, alle Personen, die nach dem 1. 8 14 neuzugezogen sind, auszuweisen. Den Betreffenden wird nur eine Frist von wenigen Tagen gegeben. Wenn sie das ihnen zum Kurse von einer Mark gleich einem Franc umgewechselte Geld nicht zum Tageskurs zurückzahlen, wird ihnen ihr bewegliches Gut zurückgehalten. Zahlreiche Familien werden dadurch in die größte Not gebracht. Die Ausweisung erfolgt im Widerspruch zu dem in den Kreisen gültigem Recht und zu verschiedenen Bestimmungen des Friedensvertrages. Der nachdrückliche Protest, den die deutsche Regierung sofort bei der Friedenskonferenz, beim Völkerbund und bei der belgischen Regierung erhob, scheinen die belgischen Lokalbehörden unberücksichtigt gelassen. Diese neue unmenschliche Maßnahme kennzeichnet zur Genüge das belgische Gewaltregime in den Kreisen Eupen und Malmedy. Trotz dieser offenkundigen Tatsache wollen belgische Abgeordnete und Minister behaupten, daß in diesem Gebiet Belgien das Regiment mit Milde, Wohlwollen und Takt ausübe, und daß alles in Ordnung sei.

Noch keine endgültige Kriegskosten-Festsetzung.

(TU) In einigen, nicht in allen, Fassungen des Communiqués von Hythe ist die Höhe der deutschen Kriegsschulden mit 120 Milliarden Goldmark angegeben. Wie Genfer Blätter sich aus Paris telephonieren lassen, ist diese Ziffer nicht endgültig, sondern provisorisch in das anscheinend etwas hastig abgefaßte Schriftstück aufgenommen worden. Das „Petit Journal" betont ausdrücklich, daß noch keine Ziffer festgesetzt wird, was auch gar nicht möglich sei, da die Anschauungen der englischen und der französischen Sachverständigen über die deutsche Zahlungskraft weit auseinander gingen. Die Engländer schätzen die deutsche Leistungsfähigkeit auf 50 bis 100, die Franzosen auf 200 bis 250 Milliarden. Die Pariser Presse ist von dem Abkommen nicht entzückt. Das „Journal des Debats" weist darauf hin, daß nach den letzten Angaben das deutsche Defizit beinahe vierzig Milliarden erreiche, und daß es deshalb den Vertretern des Reiches in Spaa leicht fallen werde, Zahlungsunfähigkeit auszuspielen.

Dr. Köster über die Fragen von Spaa.

Gazetta del Popolo in Turin veröffentlicht eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters mit dem Reichsminister des Aeußern Dr. Köster, in welcher dieser u. a. auf die Frage, mit welchem Programm die deutsche Regierung nach Spa komme, erwiderte: Soweit die geforderte Entwaffnung die Abrüstung Deutschlands bedeutet, kommt sie unseren eigensten Wünschen entgegen. Wir wollen keinen Militarismus, keinen waffenstarrenden Frieden mehr. Kein vernünftiger Mensch in Europa denkt an einen Revanchekrieg, auf den wieder ein Revanchekrieg Frankreichs folgen müßte, und dann wieder einer von unserer Seite. Also die Metzelei in Permanenz. Diese Gefühlseinstellung muß auf beiden Seiten aufhören. Der ungeheure Krieg und die Zerstörung, die er hinterließ, müssen selbst dem Unvernünftigsten bewiesen haben, daß die Politik auf Grund der Interessengegensätze eine im Grunde verfehlte Politik ist, daß jede fruchtbare Politik sich auf die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen stützen muß. Die Not hat uns zu dieser Erkenntnis geführt und fängt an, auch auf der anderen Seite dahin zu führen. Wir also wollen die Abrüstung und haben nichts gegen eine Entwaffnung in diesem Sinne. Wenn man aber in der Entwaffnung soweit geht, daß sie die demokratische Regierung, die eben diese Friedenspolitik will, wehrlos macht, und der militaristischen Reaktion oder einem ebenso aggressiven bolschewistischen System die Wege bahnt, so wird gerade das Gegenteil, nämlich die erneute Gefahr kriegerischer Entwickelung herbeigeführt. Nur im Interesse der Ordnung und des Friedens haben wir angesichts der Größe des Reiches und der tiefen Aufwühlung der Bevölkerung um eine Erhöhung der Sicherheitstruppen ersucht. Wir müssen die Auslegung der Beschlüsse von San Remo abwarten, um zu sehen, wie weit wir hierfür Verständnis finden. Die andere Tendenz, unsere Wirtschaftslage zu halten, die sich bereits in dem Londoner Wirtschaftsmanifest aussprach, begrüßen wir umsomehr, als jetzt auch Frankreich dazu geneigt zu sein scheint. Wir werden uns bemühen, in Spa im Sinne einer Verständigung der Völker und einer Erkenntnis ihrer Solidarität und der Förderung des Wiederaufbaues des fast zu Grunde gerichteten Europas zu wirken.

Das Kreditabkommen mit Holland.

Im Anschluß an die Mitteilung über die Unterzeichnung des zwischen Deutschland und Holland abgeschlossenen Vertrages über die Gewährung eines Kredits von 200 Millionen Gulden an Deutschland sind Nachrichten verbreitet worden über die Ausnützung des Teilbetrages von 60 Millionen Gulden zur Beschaffung von Lebensmitteln, die nicht zutreffen. In der hierüber am 31. März im Haag abgeschlossenen Uebereinkunft, zu der nunmehr auch die holländische Regierung ihre Zustimmung erteilt hat, ist bestimmt, daß Holland an die deutsche Regierung 5000 Tonnen Weizen im Werte von 1 570 000 Gulden, 5100 To. Fleisch im Werte von 6 750 000 Gulden verkauft. Deutschland erklärt sich bereit, Nordsee- und Zuidersee-Heringe im Werte von 3 500 000 Gulden, Milch- und Milchprodukte im Werte von 6 Millionen Gulden, Kokoskuchen im Werte von 2 660 000 Gulden, Käse im Werte von 8 Millionen Gulden und Marmelade im Werte von 1 Million Gulden zu kaufen. Zum Ankauf von Lebensmitteln niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs nach Wahl der deutschen Regierung stellt die holländische Regierung die Summe von 30 520 000 Gulden zur Verfügung.

Auf diesen Kredit wurde von der holländischen Regierung ein Vorschuß von 25 Millionen Gulden gewährt. Aus diesem Vorschuß waren zu kaufen: Getreide (5000 Tonnen), Fleisch, Nord- und Zuidersee-Heringe, Milch- und Milchprodukte, Kokoskuchen, Käse.

Zur Beschaffung weiterer Lebensmittel niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs wurden 3 120 000 Gulden zur Verfügung gestellt. Diese Lieferungen sind bereits im Gange.

Die angebliche Diktatur der Schwerindustrie.

Aus Industriekreisen wird geschrieben: Auf der dieser Tage abgehaltenen Generalversammlung der A. E. G. hat der Vorsitzende Dr. Walter Rathenau sich bemüßigt gefühlt, unter Hinweis auf die außerordentlichen Preissteigerungen der Erzeugnisse des Bergbaues und der Eisenindustrie von einer schwerindustriellen Diktatur zu sprechen, die uns heute beherrsche. Danach könnte man meinen, daß die erschreckende Steigerung der Warenpreise sich auf Kohle und Eisen beschränke und die Erzeugnisse der anderen Gewerbe keine entsprechende Preiserhöhung zu verzeichnen hätten. Daß dem nicht so ist, bedarf keiner besonderen Feststellung, die Tatsache der allgemeinen gewaltigen Preissteigerung liegt viel mehr offen zutage, und über ihre vornehmlichsten Ursachen, die Warenknappheit und die beängstigende Zunahme an Geldumlaufsmitteln, ist weiter kein Wort zu verlieren. Was in Sonderheit die Preiserhöhungen für Kohle anlangt, so sei Herr Rathenau darauf hingewiesen, daß sie im wesentlichen die Folge der Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung sind und daneben zum Ausgleich der steigenden Materialpreise dienen. Gerade die Einführung der 7-Stundenschicht hat durch den damit zusammenhängenden Rückgang der Leistung besonders stark preissteigernd gewirkt. Sodann dient die Preiserhöhung, wie Herr Rathenau bekannt sein sollte, auch der Beschaffung von Mitteln für eine Besserung der Ernährung der Bergleute sowie für die Errichtung von Wohnungen, welche die zur Steigerung der Förderung unerläßliche Belegschaftsvermehrung notwendig macht. Zu mehr als 1/3 entfällt sie zudem auf die Reichskohlensteuer und die Umsatzsteuer und kommt damit dem Staatssäckel zugute. Dagegen reichen die bisherigen Preiserhöhungen, für deren Bemessung übrigens bei der bestehenden Zwangswirtschaft gar nicht die Zechen, sondern letzten Endes das Reichswirtschaftsministerium verantwortlich ist, noch nicht einmal zur Wiederinstandsetzung der heruntergewirtschafteten Anlagen aus; noch viel weniger haben sie dem Bergwerksunternehmertum Revolutionsgewinne zugeführt. So blieb die Dividende der Aktien-Gesellschaften des Ruhrbergbaues für 1919 fast durchgehends weit hinter dem Ergebnis des letzten Friedensjahres zurück und fiel bei zweien sogar ganz aus; dabei ist noch nicht einmal die seitdem eingetretene Geldentwertung berücksichtigt, die doch auch den „Kapitalisten" trifft, der sein Vermögen in Bergwerkspapieren angelegt hat.

Tagesereignisse.

— **(Amerikas Druck auf Deutschland.)** Die Friedensresolution, die vom amerikanischen Senat am Sonntag angenommen wurde, weicht stark von der seinerzeit vom Repräsentantenhause angenommenen Resolution ab. Diese verlangt von Deutschland unter Androhung der Blockade, die den Verein. Staaten im Versailler Vertrag vorgesehenen Vorteile zuzuerkennen. Die Resolution des Senators Knox erklärt, daß der deutsche Besitz solange beschlagnahmt bleibt, bis Deutschland den Amerikanern die für sie im Versailler Vertrag vorgesehenen Vorteile zuerkannt haben wird.

— **(Interpellation wegen der schwarzen Truppen.)** Es besteht der Plan, am Donnerstag in der Nationalversammlung eine Interpellation wegen der schwarzen Truppen einzubringen, auf welche die Regierung antworten wird. Wenn verschiedentlich die Rede davon ist, daß in der Schlußsitzung der Nationalversammlung die Regierung noch eine Erklärung über Spaa abgeben werde, so ist nach einer Mitteilung der Deutschen Allgemeinen Zeitung eine solche nicht vorgesehen.

— **(Die Beschuldigungen gegen englische Matrosen.)** Im März d. J. haben die B. Z. am Mittag und der Hamburger Korrespondent die Nachricht gebracht, daß die Mannschaften von zwei englischen Zerstörern sich schwerer Sittlichkeitsverbrechen gegenüber deutschen Minderjährigen schuldig gemacht haben. Die englische Regierung hat von sich aus sogleich unter Heranziehung der von den deutschen Behörden vernommenen Zeugenaussagen eine genaue Untersuchung eingeleitet und der deutschen Regierung mitgeteilt, daß ihr die endgültigen Beweise vorliegen, wonach die schweren, gegen Angehörige der englischen Marine erhobenen Beschuldigungen sich als grundlos erwiesen haben. Die deutsche Regierung hat infolgedessen eine Untersuchung veranlaßt, in deren Verlauf haben sich die Aussagen, die den Beschuldigungen zu Grunde lagen, zum Teil als derart falsch und unzuverlässig erwiesen, daß die gegen die englischen Matrosen erhobene Anklage in keiner Weise gerechtfertigt erscheinen kann. Die deutsche Regierung hat daher bei dem englischen Geschäftsträger ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß diese ehrenrührigen Beschuldigungen fälschlicherweise gegen den guten Ruf der englischen Marine erhoben worden sind.

— **(Eine neue belgische Infamie.)** Nach dem Aachener Volksfreund ist der Kreis Monschau am Montag plötzlich von belgischen Truppen besetzt worden. An Stelle der bisher aus 150 Mann bestehenden französischen Besatzung sind vier belgische Kompagnien eingezogen. — Zu der Besetzung sagt die Deutsche Allg. Ztg.: Wir sind der Meinung, daß in dieser Frage ebenso wenig das letzte Wort gesprochen ist wie in der Volksabstimmung in den Kreisen Eupen und Malmedy, für deren Unparteilichkeit bisher keinerlei Bürgschaft geschaffen ist.

— **(Das Gegenteil wäre auch noch schöner!)** Die Eisenbahnbehörde hat die pfälzischen Stationen und Betriebsinspektionen angewiesen, deutsche Staatsangehörige, die sich für die französische Fremdenlegion anwerben ließen, für Reisen im besetzten Gebiet nicht mit Militärfahrscheinen zu befördern, sondern sie auf Fahrkarten des öffentlichen Verkehrs abzufertigen.

— **Deutsch-polnische Verhandlungen** schweben seit Mitte April in Paris. Ihr Ausgangspunkt ist ein in Paris am 9. Januar 1920 geschlossenes deutsch-polnisches Abkommen, durch das sich Deutschland verpflichtet hat, gewisse Punkte in naher Zukunft mit Polen vertraglich zu regeln. Es handelt sich um eine Verständigung über die Verpflichtung der deutschen Regierung aus einer Bürgschaft für die Ausgabe von polnischen Marknoten, ferner um die Regelung des Verfahrens bei der im Friedensvertrage vorgesehenen Restitution von Maschinen usw., um den Eintritt Polens in Verträge der laufenden Verwaltung, um die Feststellung, nach welchen Grundsätzen die infolge der Gebietsabtretungen erforderliche Verteilung der Pensionslasten auf Deutschland und Polen zu erfolgen hat, sowie die Uebernahme von Akten und die Teilung von Archiven, soweit dies infolge des Friedensvertrages notwendig ist. Alle diese Punkte sind in Verhandlungen der Unterkommissionen soweit gefördert worden, daß sie für abschließende Erklärungen im Plenum der Delegationen reif sind.

— **(Die braunschweiger Wahlen.)** Bei der Neuwahl für den braunschweigischen Landtag sind nach dem jetzt vorliegenden Wahlergebnis für die sozialdemokratischen Parteien 120 800, für die bürgerlichen Parteien insgesamt 105 200 Stimmen abgegeben worden. Im neuen Landtag nehmen die sozialdemokratischen Parteien von den 60 Sitzen 32 (die Unabhängigen 23, die Mehrheitssozialisten 9 Sitze), die vereinigten bürgerlichen Parteien 23 und die Demokraten 5 Sitze ein. Die Kommunisten brachten es nur auf 2500 Stimmen und erhalten daher keinen Abgeordneten. Voraussichtlich wird die sozialdemokratische Mehrheit unter dem Protest der bürgerlichen Minderheit in der ersten Vollsitzung, die für nächste Woche in Aussicht genommen ist, unter Führung der Unabhängigen wieder ein sozialistisches Ministerium bilden und in allen wichtigen Fragen die Vertreter des Bürgertums überstimmen.

— **(Pacelli Nuntius in Berlin.)** Der päpstliche Nuntius in München, Monsignore Eugenio Pacelli, Erzbischof von Sardes, ist zum Nuntius des Heiligen Stuhles beim Deutschen Reich in Berlin ernannt worden als Erwiderung der Ernennung eines deutschen Botschafters beim Vatikan. Ueber die Nachfolge in München ist noch nichts bekannt, doch sicher ist, daß die Münchener Nuntiatur erhalten bleibt. Msgr. Pacelli, der, wie fast alle Diplomaten der Kurie, aus einer alten römischen Familie stammt, ist erst 44 Jahre alt.

— **(Weiteres Sinken der Häutepreise.)** Die gestrige Leipziger Häuteversteigerung hat wieder einen Preisabschlag von 20 bis 30% gegen die letzte Versteigerung ergeben.

— **(Einigung zwischen Aerzten und Krankenkassen in Berlin.)** Während sich im Reiche durch den Abbruch der Verhandlungen seitens der großen Krankenkassenorganisationen die Verhältnisse zugespitzt haben, scheint sich in Berlin eine Einigung zwischen den Aerzten und den Krankenkassen anzubahnen. Den Verhandlungen wird ein Entwurf über die freie Arztwahl zu Grunde gelegt werden, der von den Aerzten ausgearbeitet worden ist.

Kleine Nachrichten.

Der französische Ministerpräsident und der Außenminister haben gestern zum ersten Male seit Friedensschluß dem diplomatischen Korps ein Diner gegeben, an dem auch der deutsche Geschäftsträger teilnahm.

Rumänische Vertreter haben in München Verhandlungen eingeleitet, um im Wege des Warenaustausches von Bayern landwirtschaftliche Maschinen zu erhalten.

Wie der Telegraphen-Union berichtet wird, sind in ganz Polen neue Musterungen für den 25. Mai angeordnet worden. Aufgerufen wurden die Jahrgänge 1896, 1900 und 1901.

Die in der kürzlich überreichten Liste der Entente der Kriegsverbrechen beschuldigten Deutschen sind, wie verlautet, vom Oberreichsanwalt in der Zeit vom 7. bis 20. Juni zur Vernehmung nach Leipzig geladen worden.

Wie der B. L. berichtet, wird den Schuhfabrikanten die Ausfuhr von Luxusschuhwaren freigegeben mit der Bedingung, daß der Exportierende gleichzeitig Schuhe zu billigen Preisen für die inländische Bevölkerung hergibt.

Im Anschluß an den Streik der Werftangestellten in Hamburg hat nun auch die Vulkanwerft, die einzige Werft, auf der bisher noch gearbeitet wurde, den Betrieb eingestellt, sodaß die Arbeit auf allen Hamburger Schiffswerften stilliegt.

Die Baukosten für eine Zweizimmerwohnung betragen jetzt in Berlin etwa 60 000 Mk. Nicht weniger als 40 000 Wohnungsuchende sind z. Z. in Berlin.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der erste Heimkehrertransport mit 400 deutschen und 200 österreichisch-ungarischen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Sowjet-Rußland ist am Sonntag nachmittag über Narwa in Swinemünde eingetroffen.

Westfalen und Rheinland.

Die Deutsche Volkspartei.

Kamen, 19. Mai. Die Deutsche Volkspartei hatte für Montag abend in den Schützenhof-Saal zu einem Vortrag des Abgeordneten der Nationalversammlung und Reichstagskandidaten Bergmann Winnefeld eingeladen. Der große Saal war dicht besetzt; alle Parteien waren vertreten, sogar aus der weiten Umgebung waren Freund- und Gegner der D. V. erschienen. Im Interesse aller liegt es, daß der Wahlkampf würdig und gerecht, sachlich und ohne Gehässigkeit geführt wird und diejenigen tun ihrer Partei sicher keinen guten Dienst, die durch ständige Zwischenrufe Referenten wie Diskussionsredner in ihren Ausführungen behindern. Die gegnerische Partei stets gering einschätzen und in dem politischen Gegner immer den bösen Mann zu erblicken, das ist ein Luxus, den wir uns heute weniger denn je vorher leisten können. Das Verstehenlernen ist heute bitter nötig, ein jeder muß und soll, das führte ein Diskussionsredner richtig aus, an dem Wiederaufbau mithelfen. Das ist aber nur möglich, wenn die Wege der gegenseitigen Achtung nicht weiter getrennt werden. Möge ein jeder in dem andern den Gegner erkennen, aber auch den Menschen, der ebenso wie er selbst, das Beste des Vaterlandes und des gesamten Volkes will. Dann verliert der Wahlkampf an Schärfe und er vollzieht sich in würdigen Formen. Bei der Fülle der gesprochenen Worte müssen wir uns auf eine kurze Wiedergabe beschränken. Nach einem Willkommensgruß des Vorsitzenden der D. V., des Herrn Lehrer Altena, entwickelt Herr Winnefeld das Programm der Deutschen Volkspartei, deren Ideale national, sozial und wahrhaft liberal seien. Die Kraft dieser Ideen verbürge den Erfolg. Er achte jede andere Ueberzeugung eines ehrlichen Gegners, müsse aber auch erwarten, daß er seine Ueberzeugung achte und ihm seine Ideale lasse. Er hoffe, daß man ihn nach parlamentarischer Gepflogenheit ruhig reden lasse. In der Diskussion könne ein jeder seine Ansicht frei aussprechen, die Rede dürfe aber nicht in einen Gegenvortrag ausarten. Von dem Ausfall der Wahl am 6. Juni hänge ungemein viel ab, so wie es jetzt dürfe nicht weiter gewirtschaftet werden. Viel Arbeit müsse geleistet werden. Es bestehe kein Zweifel, daß die Volksstimmung heute eine ganz andere sei, als im Januar 1919. Mit dem Ausbruch der Revolution war jede staatliche Autorität zu Ende. Die erste Aufgabe der neuen Regierung hätte sein müssen, diese Autorität wieder zur Geltung zu bringen. Das ist ihr nicht gelungen. Ein großer Fehler der früheren monarchischen Regierung sei es gewesen, die 111 Sitze starke Sozialdemokratie nicht zur positiven Mitarbeit herangezogen zu haben, der größte Fehler, unter dem wir heute noch leiden. Die Linke habe mit Recht viel über die Regierungsart gezetert, aber wie mache man es heute. Die Rechtsparteien würden auf das schärfste von der Linken und den sozialistischen Ministern, die doch Volksminister sein sollten, angegriffen. Pflicht der Regierung sei es, der Minorität Achtung und Gerechtigkeit entgegenzubringen. Die Linksparteien hätten die größte Schuld, daß die Regierung heute so wenig Autorität besitze. Die Revolution habe die Arbeiterschaft sehr enttäuscht. Es habe sich gezeigt, daß die Regierung es nicht verstand, die Revolution auf politischem Gebiet auszutragen. Es würde immer behauptet, die neue Regierung habe bei der Revolution einen Scherbenhaufen übernehmen müssen. Fest stehe aber, daß beim Ausbruch der Revolution der Markkurs den Friedensstand hatte und erst im Juli 1919 beim Ausbruch der Streiks der gewaltige Sturz der Mark einsetzte. Es habe sich gezeigt, daß das Erfurter Programm nie gehalten werden kann. Auf einen Zwischenruf, daß 75% des Erfurter Programms schon durchgeführt seien, antwortet der Redner, dann verstände er nicht, daß große Massen von der Sozialdemokratie nach links abwanderten. Die Beamten seien früher Beamte des Staates gewesen, heute sei ein großer Teil derselben unzufrieden, denn jetzt heiße es nur, dem Parteitüchtigen freie Bahn. Unsere Finanzlage sei derart schlecht, daß wir selbst die inneren Bedürfnisse nicht befriedigen könnten. Die Sozialdemokratie ist und muß in der Regierung bleiben, das sei klar, aber sie müsse auch die Mittel zur Erhaltung des Staates bewilligen. Das habe sie bisher nicht getan. Herr Winnefeld behandelt dann das Mietssteuergesetz, das Beamtenbesoldungsgesetz, das Mannschafts-Versorgungsgesetz, ging auf den Kapp-Putsch und auf die Erklärung des Generalstreiks und seine Folgen näher ein. Bei dem Kapp-Putsch bemerkte der Redner, daß die alte Regierung vor der Verhaftung nur durch den Führer der Deutschen Volkspartei Henze bewahrt worden sei. Die Deutsche Volkspartei verurteile jede Revolution, ob sie von links oder rechts komme. Ein besonderes Kapitel bildete die Sozialisierung und Kommunalisierung der Betriebe. Er sei der Meinung, wenn der Staat die Bergwerke sozialisiere, dann mache er bankerott. Das Wirtschaftsleben müsse sich frei entfalten können. Redner trat dann ein für die Schaffung eines einheitlichen Arbeiter- und Beamtenrechts, Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten, für ausreichende Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, ferner für die Interessen des Mittelstandes und des Handwerks und für eine Kammer der Arbeit und schloß, daß alle Parteien mitarbeiten müßten, wenn unsere Wirtschaft wieder gesunden solle. Vor allen Dingen heiße es dahin streben, daß die Zukunft sich besser gestalte. Es läge nicht die geringste Veranlassung vor, uns der deutschen Vergangenheit zu schämen und wir hätten keine Ursache, an der Zukunft zu verzweifeln. Die Zukunft gehöre dem Deutschen! Als Diskussionsredner sprachen sechs Versammlungsteilnehmer aus den Reihen der Sozialdemokratie und der Demokratie, die dem Redner entgegentraten, seine Ausführungen von ihrem parteipolitischen Standpunkt zu widerlegen suchten und für ihre Ziele und Kandidaten eintraten. Wegen der mit Rücksicht auf die nachfolgenden Diskussionsredner geforderten Beschränkung der Redezeit bei dem ersten Redner, Lehrer Lehnemann und mehrfach beim Schlußwort des Referenten Winnefeld kam es zu unliebsamen Auftritten, die sich bei ruhigerer Abwägung wohl hätten vermeiden lassen. Dadurch gewinnt man keine fremdigen Anhänger. Immerhin glauben wir feststellen zu können, daß die außergewöhnliche Schärfe, wie sie sich beim letzten Wahlkampf mehrfach zeigte, nicht mehr vorhanden ist. Und das ist recht so. Die Not wird und muß uns näher zusammenführen. Herr Winnefeld sprach das Schlußwort, in dem er sich nochmals mit den Ausführungen der Redner beschäftigte und ihnen gegenübertrat. In aller Ruhe ging die Versammlung um ½12 Uhr auseinander.

* *

Kamen, 19. Mai. **Die Kandidaten der K. P. D.)** Die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) welche bekanntlich bei den bevorstehenden Wahlen mit eigenen Kandidaten am Kampfe teilnimmt, hat für ganz Westfalen und Rheinland folgende Liste aufgestellt: 1. Klara Zetkin, Schriftstellerin (Stuttgart); 2. Dr. Paul Levi, Rechtsanwalt (Mariendorf); 3. Wilhelm Pieck, Parteisekretär; 4. Peter Maslowski, Schriftsteller (Berlin); 5. Rosi Wolfstein, Buchhalterin; 6. Paul Schräder, Angestellter (Remscheid); 7. Arthur Hammer, Transportarbeiter (Essen); 8. Wilhelm Düwell, Redakteur (Düsseldorf); 9. August Schoh, Geschäftsführer (Duisburg); 10. Adolf Meinberg, Kaufmann (Dortmund); 11. Karl Brenner, Obsthändler (Iserlohn); 12. Frau Auguste König (Elberfeld); 13. Paul Franken, Former (Wald b. Solingen); 14. Ernst Karlmann, Maler (Hamborn); 15. Ernst Graul, Kaufmann (Essen); 16. Willi Schoenbek, Parteisekretär (Düsseldorf); 17. Eugen Eppstein, Buchhändler (Essen); 18. Franz Thaier, Bergarbeiter (Haßlinghausen); 19. Otto Krämer, Eisenbahner (Lennep); 20. Friedrich Lentner, Dekorateur (Dortmund).

Kamen, 19. Mai. **(Verschiedenes.)** Die niederländische Postverwaltung hat zur Sprache gebracht, daß ihr häufiger Briefsendungen aus Deutschland zugehen, die entgegen der Vorschriften des Weltpostvertrages zollpflichtige Waren enthalten. Das Publikum wird darauf hingewiesen, daß derartige Briefsendungen nicht an die Empfänger ausgehändigt, sondern von der niederländischen Postverwaltung nach dem Aufgabeorte zurückgesandt werden.

Die Hammer Lehrer-Witwen- und Waisenkasse hielt am Samstag, den 15. Mai, im Hotel Niemeyer zu Unna unter dem Vorsitz des Herrn Rektor a. D. Siegler-Kamen ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende wies im Anschluß an die Begrüßung zunächst auf die letztjährige günstige Entwickelung der Kasse hin. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß der Kasse in dem letzten Jahre 15 neue Mitglieder beigetreten sind; 59 Witwen konnten halbjährliche angemessene Pensionen gewährt werden. Die Zahl 59 redet eine deutliche Sprache über die frühe Sterblichkeit unter der Lehrerschaft, besonders in den mittleren Jahren. Nach der Rechnungslage hat das Gesamtvermögen der Kasse im letzten Jahre einen Zuwachs von über 3000 Mark gehabt. Den Etat für 1920 trug Herr Rektor Böniger vor und wurde in Einnahme u. Ausgabe auf 15 307,35 Mk. genehmigt. Für Witwenpensionen wurde die Summe von 13 200 Mk. eingesetzt (13 200 Mk.) Der bisherige bewährte Kassenführer Herr Hunold-Hamm und die Rechnungsprüfer Richter und Schulze-Wittebörg-Kamen wurden einstimmig wiedergewählt. Als Bezirksordner für Letzen-Hemmerde wurde Herr Lehrer Cordes-Lünern gewählt. Zum Schluß wurde noch auf die im Selbstverlag der Kasse erschienenen Neuauflagen der Rechenbücher pp. hingewiesen. Im Anschluß daran fand die Hauptversammlung der Kamener Sterbekasse für Lehrer und Lehrerinnen statt. Es waren nur die üblichen Geschäfte der Hauptversammlung zu erledigen. Versammlung setzte bei 4 Mark Beitrag das Sterbegeld auf 300 Mk. fest. Der Vorsitzende erinnerte nochmals an die geschaffenen Erleichterungen bezgl. der Vorlage eines ärztlichen Attestes für neueintretende Lehrerinnen und Lehrer. Beitrittserklärungen zu beiden Kassen nehmen zu jeder Zeit die Bezirksordner und Vorstandsmitglieder entgegen. Satzungen und Aufnahmepapiere umsonst und frei — an wirkliche Interessenten — durch den Kassierer, Herrn Lehrer Hunold, Hamm, Ostenallee.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß **die Polizeiaktion südlich der Ruhr** zur Waffenabgabe auch von englischer Seite offiziell gewünscht worden sei, weil auf die dort eingegangenen Nachrichten eine Aktion unbedingt erforderlich erschien.

Vom Saarbrücker und Rheinpfälzer Verein Heime ausgehend, soll den erholungsbedürftigen Kindern aller im Ruhrrevier zerstreut wohnenden Angehörigen des Saarstaates und der Rheinpfalz während der großen Ferien eine gemeinschaftliche Reise nach den Angehörigen in der Heimat ermöglicht werden.

Die Einführung des Zwei-Klassensystems auf den Reichseisenbahnen wird voraussichtlich zum 1. Juni 1921 durchgeführt sein.

Brackel, 18. Mai. **(Lebensmittelverteilung.)** In der Woche vom 16. bis 23. Mai werden folgende Lebensmittel ausgegeben: Auf Warenkarte A 644 200 Gramm Margarine (Preis für die Einheit 7,10 Mk.), A 645 125 Gramm Graupen (35 Pfg.)

*

Außerordentliches Kriegsgericht Dortmund.

s **Dortmund,** 17. Mai. Zum Schutze gegen Plünderer ist am Karfreitag auch der Arbeiter Gustav Nockemann in Wambel mit nach Asseln der Reichswehr entgegengezogen, um noch vor Erscheinen des Panzerzuges nach Hause zu eilen. Er hat sich an keiner Kampfhandlung beteiligt und sich freiwillig gemeldet und gestellt. Er wurde mit 7 Monaten Gefängnis bestraft. 1 Monat Untersuchungshaft wurde darauf angerechnet. — Der Bergmann Anton Cornelius, der am 18. März angeblich zur Heimwehr gegangen ist, aber tatsächlich bei der Roten Garde sich betätigt hat, kam am 1. April mit einem anderen auch bewaffneten Notgardisten zu dem Arbeiter Hugansli, um ein Fahrrad zu requirieren. H. gab wohl oder übel das Fahrrad heraus. C. fuhr darauf nach Datteln, wo der Zugführer Budde das Rad übernahm, das H. nicht wieder zu sehen bekommen hat. Der Angeklagte ist dann am Kanal gewesen, um seine Kompagnie zu suchen, hat sie dort nicht mehr gefunden und ist heimgekehrt, um am 8. April sein Gewehr abzugeben. Er wurde wegen Aufruhrs und Nötigung zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurteilt. Drei Wochen Untersuchungshaft wurden angerechnet. — Am 17. März ging der Vorsitzende der Zahlstelle Lünen des Metallarbeiterverbandes, Schmied Albert Großklaus von Werk zu Werk, um für die Durchführung der ausgegebenen Generalstreik-Parole besorgt zu sein. Vom Kupferwerk, wo er arbeitete, begab er sich zur Firma Potthoff, von dort, nachdem die Arbeiter aus der Fabrik gegangen, zur Quittmannschen Fabrik. In Begleitung des Großklaus befand sich eine größere Anzahl Leute, die den Portier recht unsanft bei Seite drückten und sogleich in die Fabrik eindrangen, um die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit aufzufordern. Da trat ihnen Herr Quittmann jun. entgegen und wies sie aus der Fabrik, wo sie nichts zu suchen hätten. Wenn sie mit ihm etwas zu verhandeln hätten, sollten sie in das Kontor kommen, wohin er auch den Arbeiterausschuß bitten werde. Während man sich unter recht bedrohlichen Aeußerungen dorthin auf dem Weg befand, wurde unter den Fabrikfenstern die Feuerung weggezogen. Die Firma Quittmann sah sich schließlich genötigt, die Fabrik zu schließen, zumal von Großklaus darauf hingewiesen wurde, daß von dem nach Lünen zusammengelaufenen fremden Volke nichts Gutes zu erwarten sei, wenn weiter gearbeitet werde. Weiter steht unter Anklage eine Affäre, bei der Großklaus einen Arbeiter bedroht und beschimpft. Allerdings hatte er gerade einen über den Durst getrunken. Der Angeklagte wurde nur wegen des letzteren Falles zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. In dem Quittmannschen Falle nahm das Gericht an, daß Großklaus mit der eingedrungenen Rotte nichts zu tun hatte und der Firma nur einen guten Rat erteilt hat. — Der aus dem Posenschen gebürtige Schlächter Ernst Hinz kam am 30. März aus Celle hier an, um sich Arbeit zu suchen. Auf dem Bahnhof ließ er sich zur Roten Garde anwerben, mit der er am 1. April nach Nordbögge ins Feld gegen die anrückende Reichswehr zog. Er will nur drei Schüsse abgegeben haben. Als in der Nacht zum Ostersonntag der Rückzug der Roten Armee stattfand, beeilte sich Hinz, sich noch „gesund zu machen", bevor er Dortmund verließ. Mit zwei Kameraden verübte er einen Einbruch, bei dem ihnen 2 Pferde in die Hände fielen. Diese wurden zu dem Pferdemetzger Stübbing gebracht, der, um die Tiere zu retten, auf den ihm schon vorher angebotenen Kauf einging, 1000 Mk., die sofort von den Einbrechern geteilt wurden, anzahlte und weitere 3000 Mk. zu zahlen versprach, wenn er Geld von der Bank geholt habe. Bei dem Versprechen ist es geblieben. Schon am anderen Morgen hat Stübbing Anzeige erstattet, damit die Pferde ihrem Eigentümer zurückgegeben werden konnten. Das Gericht bestrafte den Angeklagten wegen Aufruhrs und schweren Diebstahls unter Annahme mildernder Umstände mit 3 Jahren Gefängnis. 1 Monat Untersuchungshaft wurde angerechnet.

Schüren, 18. Mai. **Durch Sturz in den Schacht** verunglückte auf Zeche Freie Vogel der 25 Jahre alte Bergschlosser Heinrich Appelhans von hier.

(s) **Hohensyburg,** 17. Mai. **Einen jähen Tod** erlitt am Himmelfahrtstage ein Mitglied des M.-G.-V. Hagen-Eilpe, welcher in der Burgwirtschaft ein Konzert veranstaltete. Bei einer sich anschließenden Nachfeier wurde der Sänger, es handelt sich um einen Familienvater Alfr. Bosshoff aus Hagen, von einem Unwohlsein befallen, welches nach kurzer Zeit den Tod herbeiführte.

(s) **Hohensyburg,** 18. Mai. **Ein frecher Einbruchsdiebstahl** wurde nachts in dem Maschinengebäude der Bergbahn hierselbst ausgeführt. Mittels Nachschlüssels haben sich die Diebe Eingang verschafft und im Gebäude sämtliche Schränke und Behältnisse erbrochen, die sie ihres Inhalts beraubten. Gestohlen wurden neben einer Menge wertvollen Kupferdrahtes elektrische Metall- und Kohlenfadenlampen sowie alle sonstigen Betriebsgegenstände, die nicht niet- und nagelfest waren. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

(s) **Westhofen,** 17. Mai. **Einen guten Fang** machte der Gendarmeriewachtmeister Lacour von hier, indem es ihm gelang, auf dem hiesigen Bahnhof drei Personen in dem Augenblick abzufassen, als sie einen elektrischen Motor, den sie in der Nacht vorher aus einem Betriebe in Fröndenberg gestohlen hatten, nach Hagen verschieben wollten. Erst nach längerem Leugnen gestanden die Spitzbuben, die sämtlich aus Hagen stammen, den Diebstahl ein. Sie wurden in das Gerichtsgefängnis in Schwerte eingeliefert.

(f) **Westhofen,** 17. Mai. **Zu einer gefährlichen Schlägerei** kam es am Himmelfahrtstage in der Nähe des hiesigen Bahnhofs. Unter mehreren Personen einer auswärtigen Gesellschaft war Wortwechsel entstanden, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Bei der sich entwickelnden Schlägerei wurden Pflastersteine als Wurfgeschosse benutzt und von beiden Parteien aus Revolvern geschossen. Glücklicherweise sind dabei ernstliche Verletzungen nicht vorgekommen. Die Gendarmerie konnte die Ruhe erst wieder herstellen, als sie mit der Waffe eingriff und den Anführer der Raufbolde festnahm.

(W) **Hagen,** 19. Mai. **(Hasenclevers Mörder ermittelt.)** Wie wir hören, ist von der Sicherheitspolizei in Hagen der Mörder des Hauptmanns Hasenclever ermittelt und festgenommen worden. Das Beweismaterial ist lückenlos, sodaß der Täter seiner verdienten Strafe nicht entgehen wird. Er ist gestern der zuständigen Staatsanwaltschaft übergeben worden.

TWD. **Buer,** 18. Mai. **Eine aufsehenerregende Pferdeschiebung** wird in der Oeffentlichkeit viel besprochen. Nach der Buerschen Zeitung sollen 25 Pferde (nach anderer Meldung 15 Pferde und 10 Maultiere), von dem Freiherrn Kühne stammend, von Coesfeld nach Buer gebracht und hier für 100 000 Mark ohne Kenntnis des Demobilmachungskommissars an zwei des Schiebens dringend verdächtige Leute verkauft worden sein. Die Tiere wurden beschlagnahmt.

TWD **Dorsten,** 18. Mai. **(Drei Kinder ertrunken.)** Unweit der städtischen Flußbadeanstalt sind 3 Kinder im Alter von 5 bis 8 Jahren beim Spielen in die Lippe gestürzt und ertrunken. Die Leiche der fünfjährigen Tochter des Schuhmachermeisters Leving konnte geborgen werden. Nach den Leichen der beiden anderen Kinder, Geschwister te Maat, wird noch gesucht.

Marsholte, 19. Mai. **(Kampf mit Dieben.)** Als der Kreis-Milch- und Butter-Revisor Willheim Peterschröder abends von einer Kontrollreise spät in seiner elterlichen Wohnung ankam, traf er dort Diebe an. Da Peterschröder den Langfingern entgegentrat, entspann sich ein hartnäckiger Kampf, wobei P. durch mehrere Revolverschüsse am Kopf und am Arm Verletzungen davontrug und dem Krankenhause in Rietberg zugeführt werden mußte. An Beute haben die Diebe ca. 1800 Mark in Papier und 250 Mark in Silber mitgenommen. Beim Einpacken des Fleisches, das sie auch schon zum größten Teil in einem Sacke hatten, wurden sie überrascht und mußten es im Stich lassen. Leider sind die Banditen unerkannt entkommen.

Paderborn, 19. Mai. **Ein räuberischer Ueberfall** wurde abends zwischen 7 und 8 Uhr in der Wohnung eines am Marienplatz wohnenden Geschäftsmannes ausgeführt. Erscheint da in der fraglichen Wohnung ganz unerwartet ein etwa 25jähriger unbekannter Mensch, hält dem überraschten Geschäftsmanne einen Revolver auf die Brust und fordert von ihm 5000 Mark. Auf die Entgegnung, daß er soviel Geld nicht zu Hause habe, fordert der Eindringling alles, was er da hat, wobei diesem ca. 2000 Mark in die Hände fielen. Nachdem er den Raub eingesteckt hatte, verschwand er ebenso schnell wie er gekommen mit der Warnung, sich ja nicht weiter nach ihm umzusehen, da er sonst von den auf dem Flur und auf der Straße stehenden Helfern geliefert sei. Ein derartig dreister Ueberfall bei hellem Tage an einem der belebtesten Plätze der Stadt dürfte wohl einzig dastehen. Anscheinend handelt es sich hierbei um auswärtige unsaubere Elemente, die auf diese Art ihr verwegenes Handwerk treiben.

Bielefeld, 19. Mai. **(Der Verkehr auf dem Mittellandkanal)** Für den Verkehr auf dem Mittellandkanal ist bekanntlich seinerzeit das staatliche Schleppmonopol eingeführt worden. Den an dem Verkehr interessierten Provinzen Rheinland, Westfalen und Hannover war seinerzeit angeboten worden, sich an dem Schleppbetrieb finanziell zu beteiligen. Dieser Vorschlag wurde von den Provinzen abgelehnt. Wie recht sie daran getan haben, geht aus den Mitteilungen hervor, die in der letzten Sitzung des Wasserstraßenbeirats gemacht wurden. Danach hat der Schleppverkehr auf dem Mittellandkanal im Rechnungsjahre 1919 einen Fehlbetrag von 10 Millionen Mark ergeben, an dem das Schleppamt Duisburg mit 7 Millionen Mark, das Schleppamt Hannover mit 3 Millionen Mark beteiligt ist. Einer Ausgabe in Höhe von 16 Millionen Mark stehen nur 6 Millionen Mark Einnahmen gegenüber. Um für die Folge einen Ausgleich herbeizuführen, ist beschlossen worden, die Schleppgebühren um 200 v. H., also auf das Dreifache zu erhöhen, womit man zu Schleppgebühren käme, die das Fünfzehnfache der Friedenspreise ausmachen. Selbst bei diesen Sätzen, die auf der Grundlage des bisherigen Verkehrs 3 Millionen Mark erbringen würden, würde man noch nicht auskommen, da mit einer Steigerung der Ausgaben auf 4 Millionen Mark gerechnet werden müsse, so daß immer noch ein Fehlbetrag von 6 Millionen Mark verbliebe. Man hofft aber, daß dieser Fehlbetrag sich durch die Hebung des Verkehrs — besonders im Kohlenversand — ausgleichen werde.

Elberfeld, 19. Mai. **Eine entsetzliche Bluttat** spielte sich in der hiesigen Schloßstraße ab. In einem Anfalle von Geistesgestörtheit hat die Ehefrau des Bergmanns Stanislaus Maciejak ihr drei Wochen altes Kind mit einer Axt erschlagen. Die Frau, welche schon seit längerer Zeit nervenleidend war, bekam am 21. April einen schweren Anfall von Geistesgestörtheit. Sie kam in ärztliche Behandlung, erblieb jedoch in ihrer Wohnung. Damit sie nun nicht während der Abwesenheit des Mannes allein in der Wohnung blieb, wollte der Mann eine Verwandte von Neumühl holen. Die Frau schloß ihre 11 und 6 Jahre alten Mädchen ein und schlug im Flur mit der Axt auf ihr drei Wochen altes Kind ein. Der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Gladbeck, 19. Mai. **Von dem Räuberhauptmann Stratmann** ist in den letzten Tagen mehrfach berichtet worden, daß er auf der Flucht erschossen wurde. Zweifellos liegt hier eine Verwechslung vor, denn der „Schrecken des Industriegebietes" befindet sich im Zuchthause in Münster.

Essen, 19. Mai. **(Zuchthausmeuterer verurteilt.)** Am Tage der Besetzung der Stadt Essen durch die revolutionären Truppen brach im Zuchthaus zu Werden eine schwere Meuterei aus. Als abends das Einschlußsignal gegeben wurde, strömten die Zuchthäusler aus allen Gängen zusammen und überwältigten die Justizwachtmeister. Dann bemächtigten sie sich der Schlüssel, stürmten das Verwaltungsgebäude, in dem sie sich mit Karabinern bewaffneten, erbrachen die Kleiderkammer und holten sich Zivilkleider. Sie drangen nun zu dem Gefängnistor vor und suchten ins Freie zu gelangen. Inzwischen war die Arbeiterwehr alarmiert worden, die auf die Meuterer das Feuer eröffnete. Es gelang, der Meuterer Herr zu werden, sie ins Zuchthaus zurückzutreiben und die Ruhe wiederherzustellen. Bei dem Ausbruchsversuch fielen drei Mann, darunter der Zuchthäusler Schneider; fünf Strafgefangene wurden verwundet. Jetzt hatten sich 15 Meuterer vor dem Essener Kriegsgericht, das in Werden tagte, zu verantworten. Einer der Angeklagten wurde zum Tode verurteilt; die übrigen erhielten Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren.

** **Remscheid,** 18. Mai. **(Waffenlager entdeckt.)** Spielende Schulkinder entdeckten in einem Wäldchen am Bliedinghauser Friedhof ein verborgenes Waffenlager mit 4 Maschinengewehren, 47 Infanteriegewehren und vieler Munition. Das Versteck enthielt auch militärisches Fernsprech- und Telegraphengerät im Werte von mehreren Hunderttausend Mark. In einer Mulde am Bruch entdeckten junge Burschen ein zweites Waffenlager, worin sich ein Maschinengewehr, 4 Infanteriegewehre und eine größere Menge Maschinengewehrmunition befanden. Als die von dem Funde benachrichtigte Polizei dieses abholen lassen wollte, war das Maschinengewehr verschwunden. Die übrigen Waffen nahm die Polizeiverwaltung in ihre Obhut, ebenso die Waffen und Geräte aus dem ersten Versteck.

Duisburg-Meiderich, 19. Mai. **(Familiendrama.)** Am Sonntag ging eine Ehefrau aus der Metzerstraße mit ihrem zweijährigen Knaben zum Nordhafen und stürzte sich in das Wasser. Mutter und Kind konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Die Unglückliche hinterläßt den Ehegatten als Kriegsinvaliden und drei weitere unmündige Kinder.

(b) **Mainz,** 19. Mai. **(Mutter und Butter.)** Man schreibt dem „Mainzer Anzeiger": In einem rheinischen Bahnhofe fiel der Nahrungsmittelpolizei die übermäßige Beleibtheit einer älteren Dame auf. Auf die Frage der Hermandat über die Ursache der Korpulenz kam die schüchterne Antwort: „Ich bin guter Hoffnung." „Wir sind es auch," sagten die Polizisten und ließen die Dame durch eine Hebamme diskret untersuchen. Ohne Geburtswehen wurde die Entbindung von 10 Pfund Butter vorgenommen. Mutter und Butter befinden sich wohl.

(?) **Saarbrücken,** 19. Mai. **(Das eiserne Ehejubiläum** konnten am 16. April das Ehepaar August Bergmann und Charlotte geb. Reith in Saarbrücken feiern. Bergmann war der alte Saarbrücker „Tanzmeister" und ist als solcher der älteren Generation wohl bekannt. August Bergmann machte den Feldzug 1848 als Kriegsfreiwilliger und ferner die Kriege 1864, 1866 und 1870/71 mit. Auch im letzten Weltkriege hat sich der Hochbetagte noch freiwillig gemeldet; doch wurde mit Rücksicht auf sein hohes Alter sein Angebot nicht angenommen. Der Jubilar war 50 Jahre ununterbrochen auf der hiesigen Eisenbahndirektion bedienstet und ist Inhaber mehrerer Orden und Kriegsauszeichnungen sowie des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe.

Wochen-Chronik.

Immer lichter und sonniger lacht der Mai
Wir lachen wohl auch und fühlen uns wohl dabei
Meinen, es wäre alles wieder im Lot
In all dem Blühen vergessen wir alle Not.
Und wissen es doch, daß die Tage kommen,
Da es uns klar wird, was uns genommen,
Wo die Flammen wir spüren, die uns verbrennen,
Und voll Grauen all unsern Jammer erkennen.

Ging nicht ein Hoffen durch unsre Herzen lind,
Wie Fliederduften im Maienwind,
Als man die Nachricht uns brachte: In Spaa
Wird man uns ehren; wird reden mit uns, wie's lang nicht geschah;
Wir werden gelten als gleichberechtigte Leute!
O wie uns das wohl tat, wie es uns freute!
Wie wir aus froheren Augen gleich schauten,
Wie wir uns turmhohe Hoffnungen bauten!

Wir meinten: die bessere Aera beginnt,
England selbst zeigt sich uns freundlich gesinnt;
Frankreich, wie's auch die Zähne drum fletscht
An die Wand wird's mit samt seinem Hasse gequetscht.
O wir hofften! Und unsre Regierenden ließen
Sich schon mit dem Oele des Ruhmes begießen:
Wir haben's geschafft! Wir konnten's erreichen:
Sie behandeln uns wieder wie ihresgleichen!

Welch ein Triumph! Doch leider geschah's,
Daß man wieder neben dem Stuhle saß
Der hinkende Bote kam hinterher,
Denn die Sache mit Spaa ging uns ziemlich verquer
Nichts war's mit unserem Hoffen und Harren.
Wir bleiben der Feinde gefügige Narren.
Nichts dürfen in Spaa wir nun reden und sagen,
Als was sie in gnädiger Laune uns fragen.

O Michel, stets bist du ein Rindvieh gewest,
Weil du immer nach draußen den Hals dir verdrehst
Das Fremde ist immer dein O und dein A
Und was „nicht weit her" ist, ist nicht für dich da.
Lerne doch endlich die Heimat zu ehren,
Mit glühendem Herzen ihr Glück zu vermehren.
Schau immer mit nüchternstem Sinn auf das Fremde,
Am nächsten doch sitzt dir das eigene Hemde.

Mache dich stark doch! du könntest es sein,
Schlägst dem Teufel der Zwietracht den Schädel du ein.
Parteien! Parteien! Es ist doch zu dumm,
Zankst dich im eigenen Hause herum.
Und die draußen, die kommen dir täglich dreister.
Wo ist er, dein Lehrer, dein Retter, dein Meister?
Der da weiß von den Ketten uns loszubinden,
Den müssen wir suchen, den müssen wir finden!

Den brauchen wir, der uns die Zwietracht zerstört,
Welcher Partei er auch angehört!
Bald sollst du wählen! Dann wähl' einen Mann,
Der bei ehrlichstem Wollen auch wirklich was kann
Der da weiß, ein Schiff durch die Klippen zu lenken
Der bedacht ist in all seinem Sinnen und Denken:
Uns selber wieder zur Ordnung zu bringen
Und die Welt zur Achtung vor Deutschland zu zwingen.

Uli.

Die Staatsbetriebe in Auslands-Hände?

(TU) **Düsseldorf.** 18. Mai. Reichsfinanzminister Wirth erklärte gestern in einer Zentrumswählerversammlung, daß zur Abwicklung und Beschaffung ausländischer Kredite die rechtzeitige Gründung einer Treuhandgesellschaft beabsichtigt sei, welcher u. a. große industrielle und kreditfähige Organisationen angehören sollen. Bei Fortdauer des unrentablen Arbeitens der deutschen Staatsbetriebe werde die Regierung gezwungen sein, die Staatsbetriebe ausländischen Kapitalgenossenschaften zu überlassen, um weiter ausländische Kredite zu erhalten.

*

Die Krise der Industrie.

Die Nachrichten aus zahlreichen deutschen Industriegegenden lauten ernst infolge fortgesetzter Stockung des Geschäftsganges und völliger Kaufunlust. Umfangreiche Arbeiterentlassungen sollen namentlich im Rheinlande und Thüringen bevorstehen. Zahlreiche große Werke stehen vor Zahlungsschwierigkeiten. Besonders kritisch ist die Lage in der Leder-, Möbel-, Tonwaren- und Garnindustrie. Die Lage in der Schuhindustrie ist außerordentlich kritisch geworden. Die Schuhfabriken in Pirmasens sind mit 1 Million fertiger Schuhe angefüllt ohne daß sich seit Wochen irgendwelcher Absatz zeigt. Viele Aufträge wurden sogar erst in der letzten Woche annulliert. Infolge völliger Stockung des Geschäfts haben massenhaft Notverkäufe stattfinden müssen, und mehrere große Fabriken gerieten in Zahlungsschwierigkeiten. Ueber vier große Fabriken, darunter über die Werke von Weiß und Düringer, wurde der Konkurs verhängt, 12 weitere Fabriken haben schließen und die Arbeiter entlassen müssen. Gestern fand in Pirmasens eine Konferenz zwischen der Regierung, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Lage statt.

Die Brotversorgung am Zusammenbruch.

Wie die von Richard Calwer herausgegebene Wirtschaftliche Korrespondenz mitteilt, hat die Reichsgetreidestelle ein Rundschreiben folgenden Inhalts an alle selbstwirtschaftenden Kommunalverbände gerichtet:

Trotz des Hinweises auf die Gefährdung der Brotversorgung haben die Ablieferungen an Brotgetreide und Gerste nicht die erhoffte Wirkung gehabt. Da die Bestände der Reichsgetreidestelle nahezu völlig erschöpft sind und die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs der Brotversorgung in äußerst bedrohliche Nähe gerückt ist, so ist die Reichsgetreidestelle nunmehr gezwungen, aus den für die Selbstbewirtschaftung des Kommunalverbandes bestimmten Vorräten die sofortige Lieferung der gesamten Mengen an Brotgetreide und Mehl zu verlangen, die den für die versorgungsberechtigte Bevölkerung bis zum 15. Juni 1920 erforderlichen Bedarf übersteigen. Für die in Betracht kommenden Getreide- und Mehlmengen ist sofort bei der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle, Abteilung Einkauf, Berlin W 50, Kurfürstendamm 237, telegraphische Verlodeverfügung einzuholen. Die den Kommunalverbänden durch den Auskauf, durch die Lagerung der Getreidemengen usw. erwachsenen Unkosten werden von der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle übernommen. Soweit diese Mengen nicht aus den noch von den Landwirten des Kommunalverbandes abzuliefernden Vorräten ersetzt werden können, wird die Reichsgetreidestelle sie dem Kommunalverband bestimmungsgemäß so bald wie möglich zurückliefern. Sie wird dazu auch imstande sein, da sie die Ermächtigung und die finanziellen Mittel zur Einfuhr von mehreren hunderttausend Tonnen Auslandgetreide erhalten hat. Davon sind nach dem 1. Januar 1920 annähernd 300 000 Tonnen fest gekauft, die jetzt allmählich eintreffen, so daß für die nächsten Wochen bestimmt mit größern Auslandzufuhren zu rechnen ist. Es handelt sich also nur um eine vorübergehende Maßregel, aus der die Kommunalverbände der Reichsgetreidestelle herausholfen sollen und müssen.

*

— **(Bildung von Betriebsräten bei der Reichspostverwaltung.)** Der Reichsanzeiger enthält eine Verordnung über die Bildung der Betriebsräte bei der Reichspostverwaltung. Danach werden bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung örtliche Betriebsräte, Bezirksbetriebsräte und ein Zentralbetriebsrat gewählt. Die örtlichen Betriebsräte werden gebildet 1. beim Reichspostministerium und den ihm unmittelbar unterstellten Dienststellen, ferner für das bayerische Reichspostministerium in München; 2. innerhalb jeden Oberpostdirektionsbezirkes für jede selbständige Dienststelle. Für jeden Oberpostdirektionsbezirk wird ein Bezirksbetriebsrat gebildet. Die Bezirksbetriebsräte bestehen bei Bezirken mit 2000 oder weniger Arbeitern aus 6 Mitgliedern; diese Zahl erhöht sich bei jedem weiteren 1000 um ein Mitglied. Die Wahl erfolgt in unmittelbarer geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Für den gesamten Bereich der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird ein Zentralbetriebsrat gebildet. Er besteht aus 17 Mitgliedern, die von den Arbeitnehmern in unmittelbarer, geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Für die Wahl bilden im Reichspostgebiet Bayern und Württemberg getrennte Wahlkörper. Von den Arbeitnehmern sind aus dem Reichspostgebiet 14, aus Bayern 2 und Württemberg 1 Mitglied zu wählen.

— **(Die Verteilung der Milliarden.)** Aus London wird gemeldet, daß zwischen Lloyd George, Millerand, dem englischen Schatzminister und dem französischen Finanzminister weitgehende Beschlüsse in finanzieller Hinsicht gefaßt wurden. Als Mindestentschädigungssumme, die von Deutschland zu zahlen ist, wurden 120 Milliarden Mark in Gold festgelegt. (Heute heißt es 120, morgen 90 Milliarden. D. Red.) Die Verteilung dieser Summe unter die Alliierten wurde den Abmachungen des Friedensvertrages entsprechend dahin geregelt, daß England 25% und Frankreich 55%, also 66 Milliarden, von den 120 Milliarden erhalten sollen. Um den deutschen Kredit in Bewegung zu setzen, ist eine ungeheure internationale Anleihe als Pfand für die Kriegsschuld vorgesehen, die gleichzeitig in Deutschland, den alliierten und neutralen Ländern aufgelegt werden soll. Französisch-britische Sachverständige bereiten die Einzelheiten für die Ausführung dieses Planes vor.

— **(Einführung der Kronenwährung in Nordschleswig.)** Der dänische Staats- und Finanzminister Neergaard erörterte in einer Konferenz der Ausschüsse beider Kammern die Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone. Die Ausschüsse stimmten der möglichst baldigen Einführung zu, in Uebereinstimmung mit den früheren Beschlüssen des Schleswig-Ausschusses. Ein Betrag bis zu 75 Millionen Kronen von der „Wiedervereinigungsanleihe" soll zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden. Es wird angenommen, daß die Internationale Kommission den Beschluß im Laufe einer Woche zur Ausführung bringen wird.

— **(Gegen die Internationalisierung der zweiten Zone.)** Das neue dänische Kabinett bedeutet bekanntlich eine Verstärkung der annektionistischen Ansprüche Dänemarks, die auf die Internationalisierung der 2. Zone in Schleswig abzielen. Demgegenüber hat der Deutsche Ausschuß für Schleswig dem deutschen Vertreter bei der Internationalen Kommission eine Erklärung gegen die Internationalisierung mit 26 000 Unterschriften aus der zweiten Zone übersandt, die folgenden Wortlaut hat: „Wir haben durch die Abstimmung am 14. März bewiesen, daß wir Deutsche sind und bei Deutschland bleiben wollen. Wir weisen alle Versuche von Seiten der Dänen und gewisser Kriegsgewinnler, uns trotzdem an Dänemark auszuliefern oder hier einen Freistaat zu errichten, mit Entrüstung zurück. Die dänischen Behauptungen über Unterdrückung durch uns Deutsche sind erlogen. Wir haben früher mit den Dänen in Frieden gelebt und werden auch in Zukunft mit ihnen in Frieden leben. Wir wiederholen: Deutsch sind wir, deutsch wollen wir bleiben!"

— **(Auflösung der außerordentlichen Kriegsgerichte.)** Auf Veranlassung der Regierung hat sich eine besondere Kommission, welche sich aus Vertretern des Reichsministeriums des Innern, des Reichsjustizministeriums, des Preußischen Ministeriums des Innern, des Preußischen Justizministeriums und des Reichswehrministeriums zusammensetzt, nach Münster begeben, um dort im Hinblick auf eine Anzahl von in der letzten Zeit durch die außerordentl. Kriegsgerichte in Westfalen getroffenen Urteile diese einer Nachprüfung zu unterziehen. Wie die „T. U." hierzu meldet, wird an den maßgebenden Stellen in Erwägung gezogen, ob die Beibehaltung der außerordentlichen Kriegsgerichte überhaupt noch zweckmäßig sei.

— **(Aerzte und Krankenkassen.)** Der vom Verbande der Aerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen nach Leipzig einberufene Beirat beschloß den Eintritt des vertragslosen Zustandes am 25. 5. 20 mittags 12 Uhr. Er sei damit einverstanden, daß auf etwaiges Ersuchen der Kassenverbände oder der Regierung nochmals Einigungsverhandlungen mit den Kassenverbänden in einem paritätischen Ausschuß unter einem, von beiden Teilen vereinbarten Vorsitzenden versucht werden. Bedingung sei, daß über fürtliche Streitpunkte und unter diesen zuerst über die Frage der freien Aerztewahl verhandelt werde, daß vor Beendigung dieser Verhandlungen seitens der Regierung keinerlei Verordnungen erlassen oder Maßnahmen getroffen werden, die in den schwebenden Streit eingreifen, und daß von den Kassen keinerlei Versuch zur Gewinnung von Notbehelfen gemacht werde. Die für die schiedsgerichtliche Beendigung der Honorarfrage vom Arbeitsministerium aufgestellten Richtsätze seien völlig unannehmbar.

— **Die Deutsche Hochschule für Leibesübungen** wurde Sonnabend in Berlin in der Aula der Universität feierlich eröffnet. Mit dem Reichspräsidenten Ebert wohnten die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden der Eröffnung bei. Die führenden Männer der Sport- und Turnverbände Deutschlands waren gleichfalls erschienen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses für Leibesübungen, Unterstaatssekretär Dr. Lewald, übergab die Hochschule an den Lehrkörper. Nachdem die Gäste der neuen Anstalt ihre Glückwünsche dargebracht hatten, hielt der Rektor Professor Dr. Diem die Eröffnungsvorlesung, der die Aufnahme der ersten Studenten folgte. Volkslieder des aus 160 Kindern bestehenden Chores beschlossen die Feier.

— **(Chilenische Hilfe für Deutschland.)** Eine Anzahl chilenischer Damen gründete in den verschiedenen Städten Chiles Komitees, um den durch den Krieg in Not geratenen Kindern in Deutschland und Oesterreich zu Hilfe zu kommen. Als erstes Ergebnis dieser hochherzigen Bemühungen sind 50 000 Büchsen kondensierter Milch dem chilenischen Gesandten in Berlin zugesandt worden, der einen Teil für die Waisenkinder in Berlin und Hamburg bestimmte und 20 000 Büchsen der Gemahlin des Reichspräsidenten zur Verteilung unter die Waisen in Berlin zur Verfügung stellte. Frau Ebert überwies diese willkommene Spende dem Magistrat, der durch den Wohlfahrtsausschuß für die Verteilung im Sinne der Spender Sorge tragen wird.

— **(Ungarns Stellung zu Deutschland.)** In einer Unterredung mit dem neuen ungarischen Minister des Aeußeren, Grafen Paul Teleky, erklärte dieser einem Vertreter des „Neuen Wiener Tageblattes" gegenüber, nachdem er das Bestreben Ungarns, mit allen Nachbarstaaten ein freundschaftliches Verhältnis zu unterhalten, betont hatte und den falschen Mobilisierungsgerüchten entgegengetreten war, über das Verhältnis zwischen Ungarn und Deutschland folgendes: Deutschland gegenüber wünschen wir dieselbe Politik der Freundschaft zu verfolgen wie den übrigen Staaten gegenüber. Insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht werden wir jede Gelegenheit freudig erfassen, um die Verbindung zwischen Ungarn und Deutschland wieder herzustellen. Dies wird hoffentlich bald möglich sein, und auch der Donauweg bietet hierzu Gelegenheit.

— **Die neuen französischen Einfuhrbeschränkungen,** die zur Hebung der französischen Valuta dienen sollen, werden seit Donnerstag auch im Saargebiet angewandt, obschon der Friedensvertrag die Einbeziehung des Saargebiets nur in die französische Zollverwaltung, nicht aber in das französische Wirtschaftssystem vorsieht. Diese französischen Einfuhrverbote umfassen nicht nur Luxusgegenstände, sondern auch Artikel, die zum Lebensbedarf unbedingt notwendig sind, wie Gegenstände der Kleidungsbranche beinahe restlos, fast alle Textilwaren, fast alle Möbel, fast alle Haushaltungsgegenstände, Lederwaren, wichtige Lebensmittel usw. Da das Saargebiet für den Bezug seiner Verbrauchsgegenstände vollständig auf Deutschland angewiesen ist, so bedeutet diese Abschneidung einerseits einen Mangel an notwendigen Bedarfsartikeln, andererseits eine weitere Steigerung der ohnehin bereits sehr hohen Preise. Die Regierungskommission wird sich in diesen Tagen nach Paris begeben, um die Abstellung der für das Saargebiet verhängnisvollen Bestimmungen zu erlangen und dem Völkerbunde ein Protestschreiben zu überreichen. Einen zweiten Protest wird der Wirtschaftsrat des Saargebietes, der in dieser Angelegenheit tagte, direkt zu Händen des Vorsitzenden des Völkerbundes gelangen lassen.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Hamm.

Zwiebäcke für Kleinkinder sind in der Konditorei Kümper wieder zu haben. 1914

Kleine Nachrichten.

In einer Wahlversammlung in Biberach erklärte Erzberger, das Zentrum müsse eine möglichst linksgerichtete Politik treiben, sonst verliere es Millionen von Arbeiterstimmen; lieber solle es mehrere tausend Stimmen der rechtsgerichteten Besitzenden verlieren, als diese.

Nach dem V. L. haben die Unabhängigen in Halle in einer Massenversammlung von der Regierung die sofortige Freilassung des zu drei Jahren Gefängnis verurteilten Redakteurs Kilian gefordert, damit dieser das ihm übertragene Mandat zur preußischen Landesversammlung ausüben kann.

Die schöne Unbekannte.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

21. Fortsetzung.

Norbert verneigte sich. Mias frische, natürliche Art entzückte ihn immer mehr, und die Grübchen in ihren Wangen zogen seine Blicke magnetisch an.

„Ich kann mir, nun wir uns kennen gelernt, überhaupt nicht denken, daß mich die Testamentsbestimmungen irgendwie behelligen könnten", sagte er artig. „Vorher freilich habe ich, offen gestanden, eine Mordsangst gehabt."

Mia lachte herzlich auf.

„Vor mir?"

Er seufzte tragikomisch.

„Vor meiner Feindin."

„Dann fühle ich mich nicht getroffen."

„Wollen Sie damit sagen, daß Sie den Grafen Nordau nie feindlich gesinnt waren?"

Mia sah verstohlen in Hardys Gesicht, die sie heimlich zustimmend ansah.

„Das will ich allerdings sagen. Ich erkläre hiermit feierlichst, daß die Freiin Hardy von Rosen niemals im Herzen einem Grafen Nordau feindlich gegenübergestanden hat, und daß sie, selbst wenn sie es getan hätte, jetzt alle Feindseligkeit begraben hätte. Denn da es kein Graf Nordau war, der ihr ein so reiches Erbe hinterließ und sie damit aus Not und Sorge befreite, die mit Geld und Geldeswert zusammenhängen, so fühlt sie in ihrem Herzen nichts als Dankbarkeit. Ich habe gesprochen! Aber wie steht es nun mit Ihren feindlichen Gefühlen, Herr Vetter? Sind diese nicht dadurch vertieft worden, daß Ihnen Graf Herbert nur die Hälfte der Grafschaft hinterließ und die andere Hälfte mir vermachte? Hatten Sie als Graf Nordau nicht ein Anrecht auf das ganze Erbe?"

Norbert hatte verstohlen zu Graf Günter hinüber gesehen, der heimlich eine verneinende Bewegung machte. Norbert ergriff nun an seiner Statt das Wort.

„Nein, gnädigste Kusine, ich kann Sie versichern, daß ich ebenfalls keine feindlichen Gefühle gegen die Rosens gehegt habe. Am wenigsten aber würde ich das jetzt Ihnen gegenüber tun. Ich habe, offen gestanden, immer ein wenig über diese traditionelle Feindschaft gespöttelt und sie nicht ernst genommen. Daß ich jemals von Graf Herbert zum Erben eingesetzt werden könnte, hab ich nie in Betracht gezogen. Der alte Herr hätte ebenso gut Sie oder irgendeine andere Person zu seinem Universalerben machen können, ohne daß ihn jemand hindern konnte. Also erkläre auch ich feierlichst, daß Graf Günter Nordau dem Grafen Herbert sehr zu Dank verpflichtet ist, weil er ihn in Gesellschaft einer so reizenden Base zum Erben dieser Grafschaft gemacht und — mir außerdem das Glück bereitet, monatelang täglich mit dieser charmanten, liebenswürdigen Base verkehren zu dürfen."

In schelmischem Spott kräuselten sich Mias Lippen.

„Er, Herr Vetter, die Komplimente gehen Ihnen wie Oel über die Lippen", neckte sie.

Norbert verneigte sich und sah sie strahlend an.

„Einer so verehrungswürdigen jungen Dame gegenüber ist das kein Wunder. Ich konstatiere also mit Vergnügen, daß die beiden letzten Nachkommen der Rosens und der Nordaus ihre feindlichen Gefühle für alle Zeit begraben haben, und in Zukunft als gute Freunde und getreue Nachbarn in Hohened residieren werden."

„So soll es sein, Herr Vetter, und damit wollen wir unserm verehrten, hochseligen Onkel Graf Herbert Nordau den ersten Beweis unserer Dankbarkeit bringen. Nach seinem seltsamen Testament zu urteilen, war es wohl sein sehnlichster Wunsch, zwischen beiden Familien Frieden zu stiften. Diesen Wunsch zu erfüllen, ist eine Pflicht der Dankbarkeit für seine Erben."

„Sehr richtig, gnädigste Kusine."

In diesem Moment erschien ein Diener und meldete, daß die Mittagstafel bestimme. Die Herrschaften möchten sich in das Speisezimmer bemühen."

Norbert verbeugte sich vor Mia und reichte ihr den Arm.

„Gestatten Sie, daß ich Sie zu Tisch führe, gnädigste Kusine."

Voll schelmischer Drolligkeit legte sie die Hand in seinen Arm.

„Ich gestatte, Herr Vetter."

Graf Günter hatte inzwischen keinen Blick von Hardy gelassen. Nun trat er zu ihr heran.

„Darf ich Sie zu Tisch führen, mein gnädigstes Fräulein?"

Etwas scheu und befangen sah sie zu ihm auf, legte aber ihre Hand auf seinen Arm und ließ sich hinter den beiden andern herführen. Während sie durch eine Reihe prächtig ausgestatteter Räume gingen, sagte Graf Günter halblaut:

„Ich habe viel, sehr viel an Sie denken müssen, mein gnädiges Fräulein, seit ich Sie in Nizza gesehen habe."

Sie lächelte verwirrt.

„Das ist wohl nur ein landläufiges Kompliment, Herr von Heldorf."

Seine Augen senkten sich mit einem warmen, ehrlichen Ausdruck in die ihren.

„Nein, mein gnädiges Fräulein, landläufige Komplimente liegen mir nicht. Ich sprach die Wahrheit. Nie habe ich unsere Begegnung vergessen, die, so flüchtig sie auch war, einen tiefen Eindruck auf mich machte. Ich habe immer den Klang Ihrer Stimme in den Ohren gehabt, seit ich Sie einige Worte zu Ihrer Begleiterin sprechen hörte. So gern hätte ich Ihre Bekanntschaft gemacht, aber ehe ich Gelegenheit dazu finden konnte, reisten Sie ab."

Hardy seufzte tief, als fühle sie noch das Weh in ihrem Herzen nachzittern, das sie damals durchlitten hatte, als sie damals das letzte Mal in seine Augen gesehen hatte.

„Und nun hat uns das Schicksal wieder zusammengeführt. Ich hatte nicht erwartet, Sie jemals wiederzusehen."

Seine Augen leuchteten auf.

„Wissen Sie, daß diese Ihre Worte ein beglückendes Zugeständnis für mich enthalten?"

Rasch sah sie zu ihm auf.

„Was für ein Zugeständnis?"

„Daß Sie mich nicht ganz vergessen hatten."

Sie errötete jäh. Aber sich bezwingend, sagte sie mit damenhafter Zurückhaltung:

„Man sieht selten interessante Menschen unterwegs. Und wurde bei der Tafel im Hotel gesagt, Sie und Ihr Begleiter seien Afrikaforscher, und das weckte unser Interesse. Außerdem habe ich ein sehr gutes Personengedächtnis und Gesichter, die mich interessieren, vergesse ich nie."

„Aus welchem Grunde auch immer, es macht mich glücklich, daß Sie mich nicht vergessen hatten", sagte er mit verhaltener Stimme.

Sie hatten nun den Speisesaal erreicht. Es war ein hoher, weiter Raum mit einer prachtvollen, gediegenen Ausstattung. Hier fanden sie den Verwalter Heinemann, der gekommen war, um die beiden Parteien einander vorzustellen. Er sah, daß dies nicht mehr nötig war, und wollte sich nach einigen Worten entfernen. Aber man forderte ihn von allen Seiten auf, zu bleiben.

„Sie müssen uns das Vergnügen machen, Herr Verwalter mit uns zu speisen", sagte Mia.

„Das ist auch mein Wunsch", bestätigte Norbert.

„Ich würde es auch sehr nett finden, Herr Verwalter, wenn Sie uns Gesellschaft leisten wollten", bemerkte Graf Günter lächelnd, sein Zögern verstehend.

„Wenn es die Damen nicht geniert, daß ich nicht im Gesellschaftsanzug stecke. Ich muß gleich nach Tisch wieder auf die Felder", sagte Heinemann.

Hardy sah lächelnd zu dem Riesen auf.

„Sie tragen Ihr Amtskleid, Herr Verwalter. Die Uniform der Offiziere ist ja auch gesellschaftsfähig", sagte sie liebenswürdig.

„Fräulein von Sperber hat recht. Also Sie müssen bleiben, Herr Verwalter", stimmte Mia zu.

Da nahm Heinemann die Einladung an.

(Fortsetzung folgt.)

Stimmen aus dem Publikum.

(unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 19. Mai. (Schafft Spielplätze.) In vielen größeren und kleineren Städten haben sich namentlich in jüngster Zeit bereits weite Kreise mit der Schaffung von Spielplätzen befaßt. Der am Sonntag, den 9. Mai stattgefundene Werbetag zur Schaffung von Spielplätzen war in den meisten Städten dadurch von Erfolg gekrönt, daß auch die städtischen Körperschaften ihre Unterstützung zugesagt haben. Wie steht es mit der Spielplatzfrage in Kamen? Der einzige Spielplatz ist die vom Sportverein gemietete Reinhardsche Wiese, welche somit anderen sporttreibenden Vereinen nicht zugänglich ist. Auch unserer Schuljugend, die in ihren Turnstunden gern volkstümliche Spiele betreibt, steht nur der kleine Platz an der Turnhalle des Turnvereins zu Kamen zur Verfügung. Dieser Platz ist auch wegen der angrenzenden Gärten als Sportplatz nicht geeignet. Was gedenkt die Stadtverwaltung in dieser für unsere heranwachsende Jugend als hochwichtig anerkannten Angelegenheit zu tun? Mehrere Sportfreunde.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 19. Mai. **(Sauerländischer Gebirgs-Verein.)** Die Jugendgruppe des Sauerländischen Gebirgs-Vereins wandert an den Pfingsttagen über Altena, Nordhelle, Bilstein, Altenhundem, Kahlenastenberg, Niedersfeld nach Brilon. Die Wanderung beginnt am Samstag, den 22. Mai und endet am Montag abend. Unterkunft in Jugendherbergen ist sichergestellt. Die Führung hat Herr Laubert übernommen. Sammelpunkt Samstag mittag 1.30 Uhr am Bahnübergang Unnaerstraße. Die Altabteilung wandert unter Führung des Herrn Fitzlaff am ersten Pfingsttag ins Hönnetal. Die Wanderung geht von Menden über den Balver Kopf nach Sanssouci und Klusenstein. Abfahrt erfolgt von Unna 6.23 Uhr vormittags. Treffpunkt am Bahnübergang in Kamen 4.45 Uhr vormittags. Liederbücher sind mitzubringen. Abzeichen anlegen. — Siehe auch Inserat in heutiger Ausgabe.

Im Silberkranze.

Kamen, 19. Mai. Das schöne Fest der Silber-Hochzeit begehen am heutigen Tage die Eheleute August Guder von hier. Möge dem Jubelpaare nach weiteren 25 Jahren des Glückes und der Freude auch die Myrte in Gold erblühen.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Mittwoch 8 Uhr: Bibelabend. Pastor Giesecking.

Wetterbericht.

20. Mai: Kaum verändert.
21. Mai: Wolken, teils heiter. Warm. Strichweise Gewitter.
22. Mai: Wolken, Sonne, warm. Gewitterneigung.

Verlobte

geben am zweckmäßigsten ihre Verlobung bekannt durch eine Anzeige in der Kamener Zeitung. Dieses ist der billigste Weg, allen Freunden und Bekannten davon Mitteilung zu machen, denn die Kamener Zeitung findet in Kamen, den umliegenden Gemeinden und darüber weit hinaus allerstärkste Verbreitung. Die Anzeigen erbitten wir frühzeitig.

Das deutsche Wahlbuch 1920. Ein Führer durch das deutsche Parteiwesen von Dr. Walmann, Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin. Preis 4 Mk. — Das deutsche Wahlbuch 1920, dessen Motto „Niemand zuliebe, niemand zuleide" lautet, kommt als ein neuer Typ politischer Schriften wie gerufen zu den Reichstagswahlen und dürfte sich viele Freunde bei den Wählern aller Parteien erwerben. Es gibt eine Uebersicht der Arbeiten der Nationalversammlung, sowie eine praktische Wahlanleitung auf Grund des neuen Wahlgesetzes. Das Neuartige und Wertvolle dieses Führers liegt darin, daß der Verfasser bei der Erörterung der Parteien der Nationalversammlung und der politischen Lage nicht sein eigenes Urteil abgibt, sondern die Meinungen der Wähler aller Parteien sowie die tatsächlichen politischen Begebenheiten und Zustände registriert. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Rückblick auf die Nationalversammlung. — Ausblick auf die Reichstagswahlen 1920. — Die Parteien. — Entstehung. — Führende Persönlichkeiten. — Aus den Programmen. — Stellung der Parteien zu den Gesetzen der Nationalversammlung. — Wahlanleitung auf Grund des neuen Wahlgesetzes. — Statistische Blätter.

Bad Königsborn.

Dauerkarten

zum Besuche der Kurkonzerte sind auf dem Büro unserer Badeverwaltung gegen Entrichtung der festgesetzten Preise zu haben und zwar

die Hauptkarte für den Familienvorstand zu Mk. 25.—
eine Beikarte für die 2. Person zu . . . Mk. 15.—
" " " " 3. und jede weitere Person derselben Familie zu Mk. 10.—.

Es sind bis zum 12. September folgende Konzerte vorgesehen:

An jedem Sonn- u. Feiertage ein großes Sonder-Konzert. Ferner wöchentlich 2 Nachmittags-Konzerte und 1 Abend-Konzert.

i1885 **Die Badeverwaltung.**

Amt Pelkum.

In der Zeit vom 17.—23. Mai werden verteilt:

150 Gr. Auslands-Margarine zum Preise von Mk. 5,20.
125 Gr. Marmelade zum Preise von Mk. 0,93.
100 Gr. Speiseöl (soweit der Vorrat reicht) zum Preise von Mk. 4.
250 Gr. Haferflocken zum Preise von Mk. 2.
150 Gr. Corned-Beef zum Preise v. Mk. 2,15.

Der Rest des Honigs kann markenfrei verkauft werden.

Hoffende Frauen, stillende Mütter, die im Besitze eines Ausweises sind, und Kinder bis zu 2 Jahren erhalten je 1 Pfund Zucker zum Preise von Mk. 2,08 und 1 Pfund Nährmittel. Art und Preis wird in den Geschäften bekanntgegeben werden. Der Rest der Zwiebäcke und Keks kann verteilt werden.

Pelkum, den 17. Mai 1920.

Der k. Amtmann: gez. Friedrichs.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern morgen um 9¾ Uhr unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgrossmutter

Frau Sophie Dunker

geb. Mehrkühler

im 90. Lebensjahre infolge Altersschwäche zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Westick und Westickerheide, den 18. Mai 1920.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Mai, nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhause aus statt. 1919



Statt besonderer Anzeige.

Tieferschüttert stehen wir an der Bahre unserer innigstgeliebten, herzensguten Tochter und Schwester

Gertrud

die uns gestern abend 8¾ Uhr nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von fast 23 Jahren durch einen sanften Tod entrissen wurde.

In tiefer Trauer:

Karl Mosch und Frau Johanna, geb. Gerwig
Karl Mosch, höh. Maschinenbauschüler
Else Mosch
Emil Mosch.

Kamen, den 18. Mai 1920.

Die Beerdigung findet Freitag, den 21. Mai, nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhause aus statt. — Trauerfeier 4 Uhr. 1915



Verronnen sind so rasch die Jahre,
Als ihr vereint am Traualtare.
Es leuchtet heut in jeden Strahl der Sonne,
Für Euch, Ihr Lieben, Freud' und Wonne,
Nicht jeder kann dies schöne Glück genießen,
Das für Euch beide heut' so freundlich lacht,
Der Herr im Himmel ließ Euch Segen fließen,
Er hat Euch bis zu diesem Tag gebracht.
Es strahlt Euch heut' im hellen Glanz
Aufs Haupt der edle Silberkranz.

Unsern lieben Eltern, den Eheleuten

August Guder u. Frau

geb. Kalkbrenner

zu ihrer am 19. Mai stattfindenden

silbernen Hochzeit

und unserm lieben Vater zu seinem am 20. Mai stattfindenden

Geburtstag 1907

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Gewidmet von ihren dankbaren Kindern und Schwiegersohn.

Nach mehrjähriger Ausbildung auf der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Gilead in Bethel bei Bielefeld habe ich mich mit dem heutigen Tage als

Arzt

In Kamen niedergelassen und fungiere gleichzeitig als Assistenzarzt des Geh. San.-Rat Dr. Lenzmannn.

Dr. med. Kunsemüller.

Sprechstunden
im Krankenhause morgens 9—10, nachmittags 2—3 Uhr.
1906

Wohnung
bei Herrn Geh.-Rat. Dr Lenzmann.

Möbel!

Küchen und Schlafzimmer in großer Auswahl.

Weiß emaillierte Herde mit guter Vernickelung. t1399

Besichtigung meines Lagers ohne Kaufzwang.

Emil Specht, Heeren.

Tanz Schule Bergkamen!

Am **Mittwoch, den 26. Mai,** beginnt im Lokale des Herrn Fr. Schnepper ein **Kursus für Kinder und Erwachsene.**

Unterrichtsstunden für Kinder von 4½—6 Uhr, für Erwachsene von 8—10 Uhr abends. m1917

A. Herzog u. Sohn



Geschäfts-Haus

mit Hof- oder Lagerraum zu kaufen gesucht.

Angebotete mit Preis unter **S. 1000** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung erbeten.

Pfingstkarten

in schöner und grosser Auswahl vorrätig in der Buchhandlung der

Kamener Zeitung,

Weststrasse Nr. 10.

Verkauf.

Freitag, den 21. d. Mts., morgens 11 Uhr, soll die

Badebude

im Kamener Mersch auf Abbruch durch Unterzeichnete öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

Kamen. 1909

Reinhard, Gerdts, Aukt.

Ein Waggon 1888

Bohnenstangen

geschlossen oder geteilt preiswert abzugeben.

Johannes Beese,
Unna, Morgenstr. 50,
Fernsprecher 548.

Ein wachsamer



Hofhund

zu verkaufen. 1922

Margane,
Bergkamen,
Hohenzollernstraße.

Ein n1880

Gehrock-Anzug

fast neu, zu verkaufen.

Zu erfr. in der Geschäftsstelle der Kamener Ztg.

S. G. V.

Wanderung der Jugendgruppe vom **22. bis 24. Mai 1920**

ins Sauerland.

Sammelpunkt: **Samstag nachmittag 1.30 Uhr Bahnübergang.**

Wanderung der Altabteilung am **ersten Pfingsttag** 1905

ins Hönnetal.

Treffpunkt: 4.45 vorm. Bahnübergang.

Subin 139

Ein bewährtes Vorbeugungsmittel für Schweine gegen Lahmheit, Steifheit u. Knochenweiche ist Subin. Pr. à Paket 4 Mk. Niederl. in Kamen u. Bergkamen Drogerie von H. Jacobi

Dr. med. Ser. Paul

vom 18. 5. bis einschl. 25. Mai

verreist!

i1842

Großer Spiegel

zu verkaufen. 1920

Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein ostfriesisches

Milchschaf

zu verkaufen. m1923

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Lebensmittelverteilung Amt Unna-Kamen.

1. Auf Fleischzulagekarte 50 Gr. Fleisch; die auf Reichsfleischkarte auszugebende Menge wird noch bekanntgegeben.

2. Auf Fettkarte 100 Gr. Margarine, außerdem auf Fettzufuhrzusatzkarte 100 Gr.

Unna, den 17. Mai 1920.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Geeignete

Person

zum Bedienen einer Trinkhalle

in Kamen am Bahnhof gesucht. i1912

Wilhelm Derwald, Unna-Königsborn, Mineralwasserfabrik.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 1/7

Eine gute



Milchziege

zu verkaufen. 1911

Weddinghofen, Nordberg 86.

Eine milchgebende



Ziege

wegen Futtermangel zu verkaufen. i1921

Zu erfr. in d. Geschst. d. Kamener Zeitung.

Suche zum 1. Juni ein

Mädchen

welches auch melken kann.

Landwirt E. Wischeloh
Rottum. 1910

Suche für sofort od. 1. Juni ein 1913

Mädchen

ordentlicher Eltern für Küche und Hausarbeit.

Karl Lindemann,
Gutsbesitzer,
Afferde bei Unna.